

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Ettlinger Zeitung. 1949-1973 1950**

222 (7.10.1950)

# ETTLINGER ZEITUNG

Erscheinungsweise: Täglich mittags außer sonntags. — Durch die Post 2.20 DM, zuzüglich 54 Pfg. Zustellgeld. — Einzelnummer 15 Pfg. — Frei Haus 2.50, im Verlag abgeholt 2.20 DM.

Badischer Landmann  
gegründet 1896



Süddeutsche Heimatzeitung  
für den Albgau

Anzeigenpreise: die 6-gespaltene Millimeterzeile 15 Dpf. — (Preisliste Nr. 1.) Abbestellungen können nur bis 25. auf den Monatsersten angenommen werden.

2.751. Jahrgang

Samstag, den 7. Oktober 1950

Nr. 222

Regierung verspricht:

## Konsum-Brot wird nicht teurer

Storch schiebt Verantwortung für Wasser-Straßenstreik den Gewerkschaften zu - Scharfer FDP-Angriff gegen Kabinett

Bonn (UP). Die Bundesregierung gab das Versprechen ab, daß die Preise für das Konsumbrot trotz der Steigerung der Brotgetreidepreise nicht erhöht werden. Bundesernährungsminister Niklas erklärte, daß sich die geringfügige Getreidepreiserhöhung nicht auf das Konsumbrot auswirken werde. Der Ernährungsminister gab dieses Versprechen in der Sitzung des Bundestages, als er den Entwurf einer Regierungsverordnung über die Erhöhung der Brotgetreidepreise einbrachte.

Trotz dieser Zusicherungen der Regierung verschloß sich die SPD-Fraktion der Vorlage der Regierung mit dem Argument, daß die Erhöhung der Getreidepreise zwangsläufig zu einer Steigerung des Brotpreises führen müsse. Der Gesetzesentwurf wurde zur weiteren Behandlung an den zuständigen Ausschuß überwiesen.

Das gleiche Schicksal erlitt der Regierungsentwurf für ein Luxussteuergesetz, nachdem sich alle Redner gegen die Einführung einer solchen Steuer ausgesprochen hatten.

Bundesarbeitsminister Storch betonte, daß die Gewerkschaften die volle Verantwortung für die wirtschaftlichen Folgen des Streiks der Wasserstraßenarbeiter tragen müßten. Es sei der Bundesregierung unmöglich gewesen, das Ultimatum der Gewerkschaft anzunehmen. (Die Gewerkschaft hatte verlangt, daß die Bundesregierung ihre Lohnforderungen innerhalb einer Stunde anerkenne).

### Der Fall Kalbfell

Vorher hatte der Bundestag die Immunität des SPD-Abgeordneten Kalbfell aufgehoben, um ihm Gelegenheit zu geben, sich gegen Vorwürfe zu verteidigen, er sei an der Erschießung von vier Geiseln in Reutlingen beteiligt gewesen. Kalbfell antwortete seit 1945 als Oberbürgermeister von Reutlingen. Die vier Geiseln waren von einer französischen Einheit im April 1945 erschossen worden. Kalbfell, dem einzelne Presseorgane vorgeworfen hatten, daß er den Franzosen eine Namensliste zugespielt habe, hat mehrfach öffentlich beteuert, nicht an diesen Erschießungen beteiligt gewesen zu sein.

„Wir lassen uns das nicht mehr länger gefallen“, rief der FDP-Abgeordnete Noell von der Nahmer der Bundesregierung bei der Debatte über einen Entwurf zum Nachtragshaushalt zu. Die FDP sei nicht mehr länger gewillt, Verurteilungen der Regierung hinzunehmen. Zusammen mit dem SPD-Sprecher Schöttle führte er Beschwerde, daß das Änderungsgesetz zum Haushaltsgesetz nicht fristgerecht eingereicht worden sei, obwohl die Regierung genügend Zeit dazu gehabt habe.

Der Antrag auf Aufhebung der von Brüning verfügten Gehaltskürzung von 6 Prozent für Bundesbedienstete wurde von Plenum zunächst einem Ausschuß überwiesen. Ein Antrag der Bayernpartei, auch die Besatzungsverwaltungen in den Kreis der Sozialhilffempfänger einzubeziehen, wurde abgelehnt. Grund: Geldmangel. Außerdem will das Finanzministerium für diese Personen eine Sonderregelung finden.

Kurz vor Schluß der Beratungen versicherte Bundesverkehrsminister Seeborn, daß die für den Schiffbau vorgesehenen 100 Millionen DM Kredit bald auf kreditwürdige Unternehmen, nicht aber auf die Küstenländer aufgeteilt würden. Er traf diese Feststellung auf einen sozialdemokratischen Antrag, der die beschleunigte Zuführung des Geldes verlangte.

Die Prüfung der Rechtmäßigkeit der von der Bundesregierung verfügten Erhöhung der Prämien für Kraftfahrzeugversicherungen wurde vorerst einem Ausschuß übertragen.

### Keine Sitzung in Berlin?

Der Bevollmächtigte der Bundesregierung in Berlin, Dr. Vockel, dementierte alle Nachrichten und Gerüchte darüber, daß die nächste Sitzung der Bundesregierung in Berlin stattfinden solle. Demgegenüber erklärte der zur Zeit in Berlin weilende Bundesinnenminister Heilmann, daß er eine solche Demonstration für ein wichtiges Politikum halte und sich nach seiner Rückkehr nach Bonn dafür einsetzen wolle.

### Etatdebatte im Bundesrat

Der Bundesrat befaßte sich zum ersten Mal mit dem Haushaltsplan für das Jahr 1950/51 und gab dabei einigen Einzelplänen des Budgets seine Zustimmung. Die zwischen der Bundesrepublik und Frankreich kürzlich geschlossenen Sozialabkommen wurden vom Bundesrat gebilligt.

Adenauer läßt Niemöller schreiben  
Niemöllers Ansicht nicht die der Kirche  
Bonn (UP). Bundeskanzler Dr. Adenauer ließ durch seinen persönlichen Referenten

Dr. Wirmer einen Brief des evangelischen Kirchenpräsidenten Dr. Niemöller beantworten, in dem dieser Neuwahlen für den Bundestag gefordert hatte. Im Auftrage des Bundeskanzlers bittet Dr. Wirmer um Mitteilung, ob Pastor Niemöller mit dieser Forderung die Ansicht der evangelischen Kirche in Deutschland oder lediglich seine persönliche Meinung ausspreche. Nach Angaben des Leiters der evangelischen Kirchenkanzlei, Präsident Brunotte, sind auf der kürzlichlichen Tagung des Rates der Evangelischen Kirche in Berlin wesentliche Fragen einer deutschen Remilitarisierung noch das Problem von Neuwahlen berührt worden. Präsident Brunotte vertrat die Ansicht, daß Niemöllers Schreiben nicht mit der Auffassung der evangelischen Kirche zu identifizieren sei.

### Die Frage der Geiselschließungen

Dr. Schacht als Zeuge im Falkenhäuserprozeß  
Gießen. Dr. Hjalmar Schacht erklärte seinem UP-Korrespondenten, daß er als Zeuge im Falkenhäuserprozeß in Brüssel vorgesehen sei. Die Verteidigung habe ihn gebeten, über belgische Finanzfragen während des Krieges auszusagen.

Im Prozeß selbst gegen den früheren deutschen Militärbefehlshaber in Belgien und Nordfrankreich, Generaloberst von Falkenhäuser, vor einem belgischen Gericht in Brüssel kam am Freitag die Erschießung von vier deutschen Geiseln durch französische Truppen in Reutlingen zur Sprache, die, wie an anderer Stelle berichtet, am Freitag auch den Bundestag beschäftigt hat. Im Zusammenhang mit der rechtlichen Seite von Geiselschließungen verlas der Hauptverteidiger Falkenhäusers, Botson, ein Schreiben des deutschen Bundestagsabgeordneten Paul Bausch (Württemberg-Baden), nach dem die französischen Dienststellen kurz nach Kriegsende 1945 in Reutlingen befohlen hätten, für die angebliche Ermordung eines französischen Soldaten vier deutsche Geiseln zu erschließen. Bausch be-

tonnte in seinem Brief, in der amerikanischen Besatzungszone seien keine Geiseln erschossen worden.

### Propst Grüber will zurücktreten

Rat der EKD bittet um Bleiben im Amt  
Berlin (UP). Der Bevollmächtigte des Rates der Evangelischen Kirche Deutschlands bei der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik, Propst Grüber, hat in der Sitzung des Rates der EKD darum gebeten, ihn von seinem Amt zu entbinden. Propst Grüber begründete seinen Antrag mit dem Verhalten der Regierung der DDR gegenüber der Kirche. Der Rat der EKD bat Grüber jedoch, bis zur „Klärung der Lage“ in seinem Amt zu bleiben und sprach dem Propst außerdem das besondere Vertrauen aus.

Der Rat der Evangelischen Kirche beschäftigte sich in seiner Sitzung eingehend mit den „ständig zunehmenden und sich verschärfenden Angriffen und Behinderungen, denen die Arbeit der evangelischen Kirche in der Sowjetzone ausgesetzt ist“.

### Wirtschaftsspezialisten an der Arbeit

Die Fragen von Aufrüstung und Wiederaufbau  
Paris (UP). Die führenden europäischen Wirtschaftsspezialisten sind am Freitag in Paris zusammengetreten, um zum ersten Mal die Wirkungen von Wiederaufrüstung auf den Aufbau zu besprechen. Kabinettsminister aus allen dem Marshallplan angeschlossenen Ländern traten um 15.15 Uhr MEZ zusammen, um den europäischen Wiederaufbau den Erfordernissen der Aufrüstung, die durch den Korea-Konflikt angeregt worden ist, anzugehen. Die Minister sollen unmittelbar mit den Gesprächen über den Einfluß des Aufrüstungsprogrammes auf den Wiederaufbau beginnen.

### Zwölf Tschechen verurteilt

Spiionage- und Hochverratsprozesse ohne Ende  
Prag (UP). Vier frühere Angestellte der Botschaft der Vereinigten Staaten wurden zu langen Gefängnisstrafen verurteilt. Alle vier wurden Anfang Juli dieses Jahres verhaftet, als sie versuchten, in der Nähe von Karabed die Grenze zu überschreiten. In Brünn wurden acht Tschechoslowaken zu Freiheitsstrafen von 12 Jahren bis lebenslanglich wegen Spionage und Hochverrat verurteilt.

## Die westeuropäische Wiederaufrüstung

Schumanplan vor endgültigem Abschluß - Nur noch zwei Punkte ungeklärt

Paris (UP). Das französische Kabinett trat zusammen, um den Bericht Außenminister Schumans über die Besprechungen der Außenminister der drei westlichen Großmächte und des Atlantikpaktates zu hören.

Obwohl sich die Außenminister bei diesen Besprechungen in großen Zügen über die Aufstellung einer gemeinsamen westeuropäischen Verteidigungs-Streitmacht geeinigt hatten, war die wichtigste Frage — die Teilnahme Westdeutschlands — wegen der ablehnenden Haltung Frankreichs zunächst zurückgestellt worden. Wie verlautet, war dieses Problem Hauptgegenstand der Beratung. Der Regierung bestehende Kreise vertreten die Ansicht, daß die französische Regierung sich früher oder später zu einer Kompromißlösung in dieser Frage bereitfinden werde.

Das französische Kabinett vertagte am Freitag eine Entscheidung über die deutsche Wiederaufrüstung. In der Sitzung berichtete Außenminister Schuman über die Gegensätze zwischen den Vereinigten Staaten und Frankreich in dieser Frage. Die Kabinettsitzung dauerte drei Stunden. Nach dem Bericht Schumans wurden dem Finanzminister Petzsch und dem Verteidigungsminister Moch für ihre Reise nach New York Instruktionen erteilt. Beide werden in der nächsten Woche in den Vereinigten Staaten Besprechungen über die Fragen der westeuropäischen Aufrüstung mit Vertretern der Atlantikpaktstaaten führen. Wahrscheinlich wird die Aufrüstungsfrage Westdeutschlands Ende dieses Monats von der Nationalversammlung behandelt werden.

Die Verteidigungsminister der dem Atlantikpakt angeschlossenen Staaten werden am 28. Oktober in Deutschland zusammenkommen. Man erwartet, daß hierbei ein Kompromiß zwischen der französischen Ansicht und der Ansicht der Vereinigten Staaten in der Frage der deutschen Wiederbewaffnung erzielt werden wird.

Die Petzsch und Moch erteilten Instruktionen wurden nicht veröffentlicht. Jedoch hat Frankreich einen gemeinsamen Fonds vorgeschlagen, aus dem die Verteidigung bezahlt werden und zu dem jedes Land entsprechend seiner Verhältnisse beitragen soll. Nach diesem Plan sollen die Vereinigten Staaten große Mittel in den Fonds einzahlen.

Aus Washington verlautet gleichzeitig zu diesem Thema, daß bisher noch keine offiziellen Besprechungen über die Zusammenfassung der vorgeschlagenen deutschen Armee geführt worden seien. Die Politik der USA gehe jedoch dahin, daß keine ehemaligen Hauptamtlichen Nazis in diese Armee auf-

genommen würden. Auf der anderen Seite sei es „absurd“, anzunehmen, daß plötzlich Jugendliche zu Unteroffizieren und Kompaniechefs gemacht würden, falls Deutschland die Aufstellung einer Armee erlaubt würde, sollten auch die früheren aktiven Soldaten wieder eingestellt werden, die nicht aktive Nazis gewesen sind. Mit diesen Einschränkungen, die gewissen französischen Wünschen entgegenkommen dürften, scheint ein Kompromiß über die Frage der deutschen Wiederaufrüstung bereits jetzt gesichert.

Der Schumanplan, der die Verschmelzung der Kohle- und Stahlindustrie von sechs Ländern zu einer einzigen Einheit vorsieht, geht seiner Vollendung entgegen. Delegierte der Unterzeichnerstaaten traten in Paris zusammen, um noch einige technische Fragen zu klären. Man erwartet, daß die Delegierten ihre Vorschläge für das Funktionieren des Planes innerhalb der nächsten Woche vollenden werden. Danach werden diese Vorschläge in Form eines internationalen Vertrages den ermächtigten Vertretern Frankreichs, Westdeutschlands, Belgiens, Italiens, Luxemburgs und der Niederlande vorgelegt.

Die sechs Nationen sollen in den Grundzügen des Planes volle Übereinstimmung erzielt haben. Noch nicht festgelegt sind folgende Punkte:

1. Die kritische Frage, welche Machtbefugnisse jedem der vier Hauptorgane der Kohle- und Stahlvereinigung zugebilligt werden sollen. Die Organe sind ein Gerichtshof, ein Parlament der sechs Nationen, der Ministerrat und die Hohe Behörde, die die Aufgabe hat, die Vereinigung zu verwalten.

2. Die Frage, wie der Wechsel von nationaler zu internationaler Kontrolle am reibungslosesten für jedes der Mitgliedsstaaten vorgenommen werden kann.

Die praktische Anwendung des Planes wird von Sachverständigen nicht vor Ablauf eines weiteren Jahres erwartet. Zunächst müssen die Parlamente der sechs Staaten den Vertrag billigen und danach wird es etwa sechs Monate dauern, bis die einzelnen Organe der Vereinigung ihre Arbeit aufnehmen können.

### Keine britische Teilnahme

Hugh Dallo ließ in einer Ansprache, die er am letzten Tag der inzwischen beendeten Jahreskonferenz der Labour-Party hielt, erkennen, daß Großbritannien entschlossen sei, am Schuman-Plan nicht mitzuarbeiten. Er brachte eine Resolution ein, aus der die eindeutige Ablehnung einer „supranationalen Behörde“ zur Leitung der Schwerindustrien Westeuropas hervorging.

### In den Dschungeln Indochinas

Saigon (UP). Kommunistische Anhänger Ho Chi Minhs sind in der Nähe der Grenze zwischen Indochina und Indochina auf einer Breite von etwa 20 Kilometern zum Angriff angetreten und haben die französischen Verbände, die ein weiteres Grenzfort aufzubauen mußten, zum Rückzug gezwungen. Damit hat sich die Lage der im Grenzgebiet stationierten französischen Truppen seit dem Fall des Forts Donkhe mit jedem Tag verschlechtert.

Seit der Kapitulation Japans wird in Indochina, einem Land, das um ein Drittel größer ist als Frankreich und 25 Millionen Einwohner zählt, so gut wie pausenlos gekämpft. Warum gibt es dort keinen Frieden?

Im Bungalow einer Gummipflanzung sitzt Monsieur Gaston, trinkt seinen Aperitif, wirft einen nachdenklichen Blick in die Boulevardzeitung und schließt mit einem Auge auf seinen griffbereiten Revolver. Draußen stehen vertrauenswürdig eingeborene hinter der Barrikade, die Maschinenpistolen schußfertig. Die Autostraße zur nächsten größeren Stadt ist seit Monaten abgeriegelt. Der einzige Kontakt bleibt die Funkstation, mit welcher der Planageninspektor im Notfall Saigon rufen kann. Wenn genügend Kautschuk zusammengekommen ist, wird ein Geländezug angefordert. Mr. Gaston hält hier einen Außenposten der französischen Handelsbilanz.

Jenseits der Pflanzung wartet ein Mann, den nie Paris gesehen hat. Sein Leben lang wartete er darauf, daß sein Land von der Herrschaft der Fremden frei wird. Einmal glaubte er, daß es zu einer gütlichen Einigung komme. Heute ist er überzeugt, daß nur noch die kompromißlose kommunistische Partei die Freiheit für Indochina bringe. Das Leben als Partisan ist hart. Der Dschungel mit seiner Fieberhölle und dem Nahrungsmangel setzt auch ihm, dem Eingeborenen, zu. Aber als ihm die Kommunisten sagten, daß man nur durch Gewalt die koloniale Knechtschaft beseitigen könne, hat er das gelehrt und ist ein Soldat von Ho Chi Minh geworden.

Und seit fünf Jahren wird nun hier gekämpft, hart und erbarmungslos. Die Tragik dabei ist, daß dieser Krieg eigentlich gar nicht stattfinden brauchte. Als die Japaner seinerzeit abgezogen, bildeten sich verschiedene nationale Bewegungen, die mit Frankreich über Unabhängigkeit verhandeln wollten. Die Engländer gaben in Burma nach. Paris konferierte mit den Nationalisten, wollte aber keine hundertprozentige politische Freiheit gewähren, obgleich sich die Indochinesen zu gewissen wirtschaftlichen Bindungen an Frankreich bereit erklärten. Ihr bedeutendster Führer, der Kopf der Viet-Minh-Partei, ist Ho Chi Minh. Seinen richtigen Namen kennt niemand. Immer wieder gelang es ihm, den Franzosen zu entkommen. Inzwischen ist er, der in Moskau geschult wurde, ein Nationalheld geworden. Als Burma selbständig wurde, flogen die linksradikalen Elemente schnell aus der Regierung. In Indochina ist es umgekehrt, dort werden die nationalen Strömungen von den Kommunisten kontrolliert.

So bleibt den Franzosen jetzt nur noch der Kleinkrieg offen, den sie mit einer Armee von 150.000 Mann — darunter ein Drittel Eingeborene und Tausende Deutscher — auf mehr oder weniger verlorenem Posten führen. Die Gegenseite hat etwa 80.000 Mann reguläre Truppen und dieselbe Zahl an Partisanen. 20.000 Mann sind auf französischer Seite bisher gefallen. Niemand kann den Verlauf der Fronten genau angeben. Es gibt keine exakten Kampfpläne. Ho Chi Minh ist wohl im Nordosten, an der chinesischen Grenze, am stärksten. Seine Regierung wurde von den Russen und den Chinesen offiziell anerkannt. Im Süden herrscht der Partisanenkampf vor. Die Franzosen halten die größeren Städte. Das tiefe Land wird mindestens zur Hälfte von den Viet Minh beherrscht. Selbst mit US-Hilfe könnte der Krieg hier erst nach Jahren zu Ende geführt werden, da die Aufständischen, in die Enge getrieben, sich immer wieder in die Dschungel oder auf chinesisches Gebiet retten können.

In letzter Minute haben die Franzosen für Vietnam eine Regierung mit dem früheren Kaiser Bao Dai eingesetzt, der 1945 mit Ho Chi Minh eng zusammenarbeitete. Dieser Versuch ist staatspolitisch fehlgeschlagen. Bao Dai führt nur ein Schattendasein. Alle Rechte liegen nach wie vor in den Händen der Franzosen. Paris hat nur noch eine politische Chance — wenn es gelingen sollte, die Indochinesen davon zu überzeugen, daß Ho Chi Minh die Herrschaft der Franzosen durch das Regiment der Chinesen und damit Moskaus ersetzen will, dann dürfte die aufstrebende Bewegung bald an Kraft verlieren. Hierfür bedürfte es allerdings einer geschickteren Politik in diesem chronischen Unruheherd Südostasiens, so vor allem einiger Abstriche an dem bisherigen Kolonialstatut, das sich in

anderen Teilen Asiens inzwischen von selbst überlebt hat.

Alliierte Generale beraten Bonn in Fragen der inneren Sicherheit

Frankfurt (UP). Die alliierte Hohe Kommission hat den stellvertretenden amerikanischen Hohen Kommissar, Generalmajor Hays, den britischen Generalmajor M. Vance Brough Jones sowie den bisherigen französischen Stadtkommandanten von Westberlin, Jean Geneval, zu Beratern der Bundesrepublik in Fragen der innerdeutschen Sicherheit ernannt.

Alliiertes Ausschuss für innere Sicherheit gebildet

Frankfurt (UP). Die alliierte Hohe Kommission hat einen Sonderausschuss gebildet, um die deutsche Bundesregierung in allen Fragen der inneren Sicherheit der Bundesrepublik zu beraten.

Zu den Themen, die bei diesen deutsch-alliierten Beratungen besprochen werden sollen, gehören die angekündigten alliierten Truppenverstärkungen und die Planung für die Unterbringung der deutschen Polizei.

Aus dem Amt des amerikanischen Hohen Kommissars verlautet, daß die amerikanischen Behörden in Deutschland eindringliche Vorstellungen bei der Regierung der Vereinigten Staaten gegen das vor kurzem erlassene amerikanische Sicherheitsgesetz erhoben hätten.

Am Rande bemerkt:

Auf Staatskosten...

Zweimal rund um die Erde und dazu noch die Strecke Berlin-Barcelona, so lang ist der Weg, den der Vorsitzende der Sozialistischen Reichspartei, Dr. Fritz Doris, seit Dezember letzten Jahres mit seinem Wagen zurückgelegt hat.

Doris selbst machte diese Angaben dem Altestenrat gegenüber, der ihn um einen Nachweis über die Verwendung des Kraftstoffs ersuchte.

Edmund Sabott.

Der Angeklagte schweigt...

Copyright by Verlagsanstalt Ettlenger Verlag & Späher

24. Fortsetzung.

Sie sah ihn erbozt, aber mit merklicher Furcht an und sagte nichts mehr. Ueberzeugt war sie nicht. Schließlich stand sie schweigend auf, wickelte sich noch einmal die Augen aus und trat hinaus auf den Flur. Henius und Charlotte folgten ihr.

„Treffen wir uns unten wieder?“ fragte Henius halb laut.

Charlotte nickte. „Wir warten auf Sie!“

Als aber Henius einige Minuten später auf die Straße hinaustrat, fand er nur Charlotte vor. Sie lächelte matt. „Lilo ist schon auf und davon“, sagte sie. „Ich glaube, sie schämt sich vor Ihnen...“

„Ich glaube eher, ich habe es nun mit ihr verdorben, und sie hält mich für einen unheimlichen Paragrafenmenschen, weil ich von einem kleinen Meineid nichts wissen will.“

„Sie wird keinen leisten“, antwortete Charlotte. „Sie hat mir leid getan, das arme Ding, und ich möchte nun bald nach Hause, um ihr Trost anzusprechen.“

„Mich lassen Sie im Stich?“

„Ich glaube, Lilo braucht mich heute. Sie war gar so erschüttert.“

„Hm“, machte er und verzog den Mund, „am liebsten würde ich mich nun auf die Bord-schwelle setzen, auch ein bißchen weinen und erschüttert sein, damit ich Sie noch ein Stündchen bei mir behalten darf Soll ich's tun?“

Sie lachte ein wenig. „Sie würden mit Ihren Erschütterungen schon allein fertig werden.“

Er wurde unerwartet ernst. „Glauben Sie das? Sind Sie so sicher? Ach, Fräulein Maltitz! Wir sollten uns eigentlich geborgen fühlen hinter unsern Gesetzen und Kommentaren, die wir so geschickt anwenden können. Aber so ein

Widersprüche in der Betrugsaffäre

Baumgartner erklärt: Protokoll vom „Spiegel“ richtig wiedergegeben - Aumer und Donhauser wollten nichts von Schmiergeldern wissen

Bonn (UP). Gleich am ersten Verhandlungstag des unter Vorsitz des CDU-Abgeordneten Semmler tagenden Untersuchungsausschusses kam es zu Widersprüchen über die angebliche Schmiergeldaffäre in Zusammenhang mit der Hauptstadtwahl.

Während der Landesvorsitzende der Bayernpartei, Dr. Baumgartner, erklärte, daß der Inhalt seines sogenannten „Gedächtnisprotokolls“ vom „Spiegel“ richtig wiedergegeben worden sei, wies die parteilosen Abgeordneten Aumer und Donhauser die Beschuldigung weit von sich, Schmiergelder genommen zu haben.

Donhauser erklärte, daß Baumgartner das Protokoll nur ausgefertigt und durch „Mittelsmänner“ an die Presse lanciert habe, um ehemalige Parteikollegen zu schädigen, die inzwischen aus der Partei ausgeschieden seien.

Der Zeuge Aumer bestritt mit Nachdruck die ihm zur Last gelegten Behauptungen, daß

Abgeordnete aller Parteien Bestechungsgelder empfangen hätten. Er und Donhauser erklärten jedoch übereinstimmend, daß Mitglieder der Bayernpartei Geldzuwendungen für interne parteipolitische Zwecke erhalten hätten, waren jedoch nicht in der Lage, die Namen der Geldgeber anzugeben.

Am Schluß seiner Vernehmung bat der Zeuge Donhauser, zur Untermauerung seiner massierten Angriffe gegen Baumgartner noch einen „besonders gravierenden Fall“ über den bayerischen Parteivorsitzenden erzählen zu dürfen.

Alle Zeugen werden gegebenenfalls ihre Aussagen bekräftigen. Die nächste Sitzung ist für Dienstag anberaumt.

Zum Gegenangriff bereit

Umgruppierung der UN-Truppen - Südkoreaner nur noch 65 km von Wonsan entfernt

Tokio (UP). Einheiten der dritten südkoreanischen Division sind auf ihrem schnellen Vormarsch nach Norden bis an den Rand der Stadt Tongchong gelangt, die nur noch 65 km von der großen nordkoreanischen Hafenstadt Wonsan entfernt liegt.

Im Gegensatz zu dieser Auffassung stehen Berichte der Piloten von Aufklärungsflugzeugen, die meldeten, daß die Kommunisten Truppen aus Wonsan evakuieren.

Neben der 3. Division und der Hauptstadt-Division hat jetzt eine dritte südkoreanische Division, die 6. die Demarkationslinie des 38. Breitengrades überschritten und ist bei Tschichon-ri südlich von Hwatschun angelangt.

Die den verschiedenen südkoreanischen Divisionen zugewiesenen amerikanischen militärischen Berater haben Anweisung erhalten, über den Vormarsch der Südkoreaner nichts bekannt zu geben.

Aus dem Intschon-Seoul-Brückenkopf lagen keine Meldungen über Kämpfe vor. Die dort

stationierten UN-Divisionen werden zur Zeit für den Generalangriff auf Nordkorea umgruppiert. Nur der nordkoreanische Sender Pyongyang läßt es in seinem Kommuniqué zu erbitterten Kämpfen am Injinfuß nördlich von Seoul kommen.

Das unterirdische nordkoreanische Waffenarsenal in Kanni bei Pyongyang wurde zum zweiten Mal am aufeinanderfolgenden Tagen durch Superflieger vom Typ B-29 angegriffen.

Entscheidende Beratungen in der UN-Vollversammlung

Flushing (UP). Die Vollversammlung der Vereinten Nationen beriet am Freitag in zwei Sitzungen, in deren Verlauf sich zahlreiche Delegierte zum Wort meldeten, über die Achtmächte-Entscheidung über die Zukunft Koreas.

Im Verlauf der langen Debatte erbat der Delegierte der Sowjetunion, Malik, das

Wort und forderte, daß Vertreter Nord- und Südkoreas zur Aussprache zugelassen würden. Er stellte fest, daß seine Forderung durch Präzedenzfälle gerechtfertigt sei.

Von verschiedenen Rednern wurde unter anderem hervorgehoben, daß die einzige Alternative für die nordkoreanischen Angreifer darin bestehe, die Waffen niederzulegen.

Warren Austin appellierte in längeren Darlegungen für die Unterstützung der Achtmächte-Entscheidungsentscheidung.

Pierre Moniel richtete an die Vollversammlung den Appell, schnell in Richtung auf eine Wiederherstellung des Friedens zu handeln, da die Zeit dränge.

Konferenz der „großen Drei“? Ein neuer Vorschlag aus England

London (UP). Außenminister Bevin ehemaliger engster Mitarbeiter im Foreign Office, C. P. Mayhew, unterbreitete in einem in der „Picture Post“ erschienenen Artikel den Vorschlag auf Durchführung einer Konferenz der „großen Drei“.

Das britische Handelsministerium hat mit sofortiger Wirkung die Ausfuhr von Werkzeugmaschinen ohne besondere Genehmigung verboten.

Wieder Ruhe in Österreich

Normaler Straßen- und Bahnverkehr

Wien (UP). In Österreich ist die Lage wieder normal. Die kommunistischen Streikenden haben sich aus allen von ihnen besetzt gehalten öffentlichen Gebäuden, Industriebetrieben und Verkehrseinrichtungen zurückgezogen.

Wenigstens ein Teil der Streikenden hat sich zum Freispruch für Lönne zu bekennen. Das hatte Lilo klar erkannt.

Warum schlug trotzdem das Gewissen? Weil sie sich klar war, ein Verbrechen zu begehen. Das erkannte sie ebenso klar.

Als Charlotte am andern Morgen zum Verhandlungsaal hinaufging, benutzte sie eine der Seitentreppe, weil sie es vermeiden wollte, Gabriela Borbeck unversehrt zu begegnen.

Mit heimlichem Erschrecken entsann sie sich, daß heute auch die Eltern Hartungs vernommen werden sollten.

Als Charlotte am andern Morgen zum Verhandlungsaal hinaufging, benutzte sie eine der Seitentreppe, weil sie es vermeiden wollte, Gabriela Borbeck unversehrt zu begegnen.

Umschau in Karlsruhe

Rapsbestäubung vernichtete Bienen

Karlsruhe. Das Amtsgericht sprach gegen den 46-jährigen Helmut B. aus Büsch wegen Vergehens gegen die Verordnung zum Schutz der Bienen eine Geldstrafe von 150 DM aus. B. hatte als verantwortlicher Gutsverwalter des Hofgutes Scheibhardt am 2. Mai die Anweisung gegeben, die zu dem Hofgut gehörenden Rapskulturen mit einem Insektenbekämpfungsmittel zu bestäuben, wobei er es unterließ, die Eigentümer von Bienenstöcken im Umkreis von zwei Kilometern mindestens 30 Stunden vor der Bestäubung zu verständigen. An jenem Tage herrschte heiteres Wetter und somit Flugzeit der Bienen. Das Amtsgericht sah die Einwendungen des Angeklagten, er habe damit gerechnet, daß es regnen könnte und nur wenige Bienen geflogen seien, als nicht stichhaltig an. Durch die Zeugenaussagen wurde nachgewiesen, daß ein nicht unbeträchtlicher Schaden für die Eigentümer von Bienenvölkern in der Umgebung des Hofgutes entstanden ist. Das B. zur Last gelegte Vergehen verstößt gegen die Verordnung vom 1. 6. 49. Er mußte zugeben, daß er durch die landwirtschaftliche Zeitung über den Sachverhalt unterrichtet war. Nach der Verordnung hätte er 26 Stunden vor der Bestäubung die Imker in 2 km Umkreis warnen müssen. Er hat unverantwortlich gehandelt und mußte rechnen, daß ein Schaden entstehen könnte.

Aus dem Fenster im vierten Stock gesprungen Karlsruhe (Jwb). In Karlsruhe ist am Freitag eine 25-jährige Frau aus dem Fenster ihrer im vierten Stock gelegenen Wohnung gesprungen. Die Frau war sofort tot. Als Beweggrund für die Tat werden finanzielle und familiäre Sorgen vermutet.

Der Bundespräsident kommt

Karlsruhe. An den am Sonntag, 8. Okt., stattfindenden Feierlichkeiten aus Anlaß der Eröffnung des Bundesgerichtshofs in Karlsruhe wird auch der Bundespräsident, Professor Dr. Theodor Heuß, teilnehmen. Er trifft 10.30 Uhr im Hauptbahnhof ein und wird sich nach seiner Begrüßung durch den Landespräsidenten und dem Oberbürgermeister der Stadt Karlsruhe kurz vor 11 Uhr vom Bahnhofplatz über die Neue Bahnhofstraße, Karlstraße, Herrenstraße zum Bundesgerichtshof begeben. Nach dem im Bundesgerichtshof stattfindenden Festakt werden er und die übrigen Festteilnehmer sich zur Badischen Kunsthalle (Hans-Thoma-Str. 2) begeben, wo sodann der Empfang durch den Bundesjustizminister stattfindet.

125-jähriges Jubiläum der Techn. Hochschule

Karlsruhe. Die Techn. Hochschule begeht in der Zeit vom 26. bis 28. Oktober 1950 das Fest ihres 125-jährigen Bestandes. Da durch die Zerstörung der Verwaltungsgebäude Namen und Anschriften der früheren Hörer der Hochschule vernichtet worden sind, bittet die Hochschule ihre ehemaligen Studenten und Assistenten, sich unter Angabe der derzeitigen Stellung und Wohnung zu melden. Den sich meldenden Ehemaligen werden unverzüglich Einladungen zur Hochschulfeyer zugestellt werden.

Kindersolbad Donaueschingen wird eingeweiht

Karlsruhe (Jwb). Das Kindersolbad Donaueschingen ist von den französischen Behörden der Stadt Karlsruhe wieder zur Verfügung gestellt worden. Es wird am 15. Oktober eröffnet werden. Das Bad, das der Stadt Karlsruhe gehört, wird bereits Mitte Oktober fünfzig erholungsbedürftige Kinder aus Karlsruhe zu einem sechswoöchigen Erholungsurlaub aufnehmen. Anschließend werden Kinder aus allen Städten der Bundesrepublik, insbesondere aus Berlin, im Solbad einen Erholungsurlaub verbringen können.

„Hochstapler-König“ kommt vor die Strafkammer

Karlsruhe (SWK/APD). Wie unser Korrespondent von zuständiger Seite erfährt, findet die Verhandlung gegen den 31-jährigen Robert Seeger, der sich als charmanter Hochstapler in miniature in der Nachkriegszeit hochtönende Namen zugelegt hatte, nach abenteuerlicher Laufbahn schließlich als „General Pitt“ und Frühstückspartner von Rita Hayworth, der amerikanischen Filmschauspielerin und jetzigen Prinzessin, weithin von sich reden machte, voraussichtlich im Laufe des Monats November vor der Karlsruher Strafkammer statt. „Pitt“ landete schließlich im Untersuchungsgefängnis seiner Heimatstadt, als er nach seiner Flucht vor den österreichischen Justizbehörden gemäß einem Auslieferungsantrag vor Wochen in die offene Arme des Karlsruher Staatsanwalts „geleitet“ wurde.

Strecke Offenburg-Freiburg wieder zweigleisig

Karlsruhe (Jwb). Mit dem Ausbau der Strecke Herbolzheim-Orschwiler durch die Eisenbahndirektion Karlsruhe ist die Gesamtstrecke Offenburg-Freiburg nunmehr wieder zweigleisig befahrbar. Die Gesamtkosten des Einbaus eines zweiten Gleises auf der Strecke Offenburg-Freiburg betrug 7 Millionen DM. Das zweite Gleis der Strecke Offenburg-Freiburg war 1947/48 auf Anordnung der französischen Besatzungsmacht abgebaut worden.

Mit Schreibabteil und Speisewagenbetrieb

Karlsruhe (Jwb). Der Fernschnelltriebwagen „Rhein-Main“ auf der Strecke Basel-Karlsruhe-Frankfurt wird vom 8. Oktober an ohne dritte Wagenklasse verkehren. Anstelle der Räume für diese Klasse erhält der Schnelltriebwagen ein besonderes Schreibabteil sowie einen ausgedehnten Speisewagenbetrieb. In dem Schreibabteil können während der Fahrt eilige Korrespondenzen einer Steotypistin für 6 DM in der Stunde diktiert werden.

Einst Palais - heute Bundesgericht

Aus dem Karlsruher „Kleinen Schloßchen“ wurde ein moderner Behördenbau

So lange die Verhandlungen und das Ratsprotokoll über den Sitz des Bundesgerichtshofes auch währten — bekanntlich lagen über 12 Städte als Bewerberinnen in Konkurrenz — als die Entscheidung endgültig gefallen und Karlsruhe als Nachfolgerin Leipzigs bestimmt war, kamen die Dinge in Fluß: das zur Aufnahme des höchsten deutschen Gerichtes bestimmte ehemalige Erbgroßherzogliche Palais wurde in genau 63 Tagen auf-, um- und ausgebaut. Heute präsentiert sich das Gebäude, das am 8. Oktober im Rahmen einer Feierstunde seiner neuen Bestimmung übergeben wird, nach innen und außen in einer würdigen Form.

Bei Tag und Nacht

Das umgestaltete Gebäude erinnert nur noch in großen Zügen an die Stilepoche seiner Erbauungszeit. Neben dem Plenarsaal, der in seiner schlichten, vornehmen Einrichtung den repräsentativsten und größten Raum des Hauses bildet, umfaßt das Gebäude vier weitere Sitzungssäle und 90 Diensträume. Eine neue Treppe verbindet das erste mit dem zweiten Obergeschoß. Drei Lichtböte vermitteln Helligkeit auch bis in den letzten Winkel des viergeschoßigen früheren „Palais“. Heizungs-, Beleuchtungs-, ja selbst eine Fahrstuhlanlage mußten erst eingebaut werden, abgesehen von all den anderen modernen technischen Dingen, die zur Bewältigung eines Spitzenbehördenapparates nun einmal unerlässlich sind. Durch die Einrichtung von Lichtanlagen sollen Störungen während der Verhandlungen vermieden werden. Für Gerichtsverhandlungen, die einen größeren Zuhörerkreis erwarten lassen, ist eine Rundfunkübertragungsanlage eingebaut. Besondere Dolmetscheranlagen

sind für Verhandlungen vorgesehen, in denen aus Fremdsprachen übersetzt werden muß. Die Fernsprechanlage des Bundesgerichts hat rund 150 Hausanschlüsse und 15 Anschlüsse an das öffentliche Fernsprechnetz.

150 Firmen aus dem ganzen Bundesgebiet, aus Geislingen, Bietigheim, Essen, Dortmund, Wetzlar, Ravensburg und vor allem natürlich aus Karlsruhe und Baden, überboten sich mit zeitweise 400 bis 500 Handwerkern in Tag-, Nacht- und Sonntagsarbeit im Leistungswettbewerb miteinander. Alles in allem genommen; Was in knapp acht Wochen im und vor dem früheren Palais erstellt wurde, verdient alle Anerkennung.

Im Lauf der Jahrzehnte

Zum zweiten Mal in seiner Geschichte ist das ehemalige Palais zum Sitz einer Behörde geworden. Im Jahre 1817 war das „Kleine Schloßchen“ im Auftrag der Witwe des badischen Markgrafen Friedrich, Christiane Louise von Nassau-Usingen, durch den Stadtbaumeister Weinbrenner erbaut worden. Da es gegen Ende des 18. Jahrhunderts den Anforderungen der Erbgroßherzoglichen Familie nicht mehr entsprach, wurde es im Jahre 1894 abgebrochen. Der badische Baudirektor und Professor der Technischen Hochschule Karlsruhe, Dr. Durm, erbaute in den Jahren von 1894 bis 1902 das „Neue Palais“, das dann bis zum Jahre 1938 die Großherzogliche Familie beherbergte. Im Jahre 1938 ging das Gebäude in den Besitz des Landes Baden über und wurde zum ersten Mal zum Sitz einer Behörde. Im Jahre 1944 fiel die gesamte reiche Innendekoration des Palais einem Luftangriff zum Opfer. Ursprünglich sollte in dem Palais nach seinem Wiederaufbau das badische Landesmuseum untergebracht werden.

Hilfe für nordbadische Kreise

Erste Konferenz nach der Volksbefragung geplant

Tübingen (Jd). Der Staatspräsident von Württemberg-Hohenzollern, Dr. Müller, hat den Ministerpräsidenten von Württemberg-Baden, Dr. Maier, und den badischen Staatspräsidenten Wobler schriftlich zu einer Konferenz eingeladen, bei der versucht werden soll, eine Einigung in der Frage der Neugliederung des südwestdeutschen Raumes zu erreichen. Dr. Müller hat als Termin den 12. Oktober und als Konferenzort Wildbad vorgeschlagen.

Das neue Presse- und Informationsamt

Freiburg (Jd). Wie aus dem Haushaltsplan des Landes Baden für 1950/51 hervorgeht, soll sich das im Aufbau begriffene Presse- und Informationsamt bei der badischen Staatskanzlei aus vier Beamten und

neun Angestellten zusammensetzen. Die Einrichtung dieses Amtes erfordert einen Gesamtbetrag von 157.900 DM. Die bisherige Pressestelle der Staatskanzlei war mit drei Angestellten besetzt. In personeller Hinsicht wurden für das neue Amt noch keine Entscheidungen getroffen. Mit der Errichtung dieses Amtes folgt Baden dem Beispiel anderer Länder, die bereits über Informations- und Pressestellen verfügen.

Neuer US-Kreisvertreter für Mosbach

Mosbach (Jwb). Mr. Talcott W. Seelye hat die Geschäfte des amerikanischen Vertreters für den Kreis Mosbach übernommen. Seelye stammt aus dem Staat Massachusetts und kam vor sieben Monaten nach Deutschland. Zuletzt war Seelye stellvertretender Kreisvertreter in Ulm und in Göppingen.

Länderchefs nach Wildbad eingeladen

Landtagssauschuß empfiehlt wirksame Maßnahmen

Stuttgart (Jwb). Der Wirtschafts- und Verkehrsausschuß des württemberg-badischen Landtags hat in einem Antrag an das Plenum Maßnahmen zur Behebung der Arbeitslosigkeit in den nordbadischen Kreisen Mosbach, Buchen, Tauberbischofsheim, Sinsheim und Heidelberg empfohlen. Die genannten Kreise sollen auf Beschluß des Landtags zu Förderbezirken erklärt werden. Auf allen Gebieten sollen in verstärktem Maße Notstandsarbeiten durchgeführt werden. Die Gemeinden sollen hierbei von der Verpflichtung der 20prozentigen Eigenfinanzierung dieser Arbeiten befreit werden. Durch verstärkte Gewerbeförderung sollen zusätzliche Dauerarbeitsplätze geschaffen werden. Die überdurchschnittliche Wohnungsnot in diesen Gebieten soll durch gestiegerten Wohnungsbau gemildert werden. In dem Antrag wird ferner empfohlen, Vorbereitungen zu einer teilweisen Umsiedlung von Arbeitskräften an solche Orte zu treffen, an denen günstigere Arbeits- und Wohnverhältnisse herrschen. Die gleichen Maßnahmen sollen auch für diejenigen Kreise des Landes Württemberg-Baden vorgesehen werden, die dieselben oder ähnliche Notstände wie die genannten nordbadischen Kreise aufweisen.

Untersuchung über angebliche Unregelmäßigkeiten bei der Volksbefragung

Stuttgart (Jwb). Der Landeswahlausschuß für Württemberg-Baden ist zur Zeit mit Nachprüfungen beschäftigt, inwieweit die Behauptung der Arbeitsgemeinschaft der Badener zutrifft, wonach bei der Volksbefragung über den Südweststaat in Nordbaden Unregelmäßigkeiten vorgekommen sein sollen. Der Landeswahlausschuß für Württemberg-Baden hat inzwischen festgestellt, daß von den in Heidelberg abgegebenen 1100 Stimmzettel zehn nicht hätten anerkannt werden dürfen, weil sie nicht von in Nordbaden wohnenden Personen stammten. Es wurde jedoch festgestellt, daß sieben dieser Stimmzettel aus Südbaden und nur drei aus dem Landesbezirk Nordwürttemberg stammten. Nach Mitteilung des Landeswahlleiters dürfte in sämtlichen vier Abstimmungsbezirken eine geringe Zahl von ungültigen Stimmzetteln fälschlich gezählt worden sein.

Befreiungsministerium übernommen

Stuttgart (Jwb). Das württemberg-badische Befreiungsministerium, das bis zum 30. September dieses Jahres dem Staatsministerium angegliedert war, wurde am 1. Oktober vom Innenministerium als selbständiger Geschäftsteil übernommen. Hauptberichterstatler des Geschäftsteils II „Entnazifizierung“ ist Regierungsdirektor Schöfner, der im Fe-

bruar dieses Jahres vom Ministerpräsidenten mit der Leitung der Kopfstelle des in Abwicklung befindlichen Befreiungsministeriums betraut worden war. Die Abteilung Entnazifizierung des Innenministeriums hat ihren Sitz in Stuttgart, Staffenstr. 46. Die Zentralbefreiungskammer und die Zentralsprachkammer für Nordwürttemberg sind weiter in Stuttgart, Olgastraße 103, tätig.

Volksbefragung in der Pfalz gefordert

Ludwigshafen (Jd). Eine Volksbefragung über die Ausgliederung der Pfalz aus dem Lande Rheinland-Pfalz fordert das Mitteilungsblatt des Bundes „Bayern und Pfalz“. In einem Artikel, wird betont, den Pfälzern stehe das gleiche Recht zu, ihren Willen kundzutun, wie der Bevölkerung von Württemberg und Baden. Man müsse den einzelnen Gebietsstellen des Landes Rheinland-Pfalz endlich die Möglichkeit einer freien Entscheidung über ihre staatliche Zugehörigkeit geben. Die Pfälzer seien gegen das Weiterbestehen von Rheinland-Pfalz, nicht nur, weil dieses Staatsgebilde mit Hilfe der Alliierten zustande gekommen sei, sondern auch weil jeder vernünftige Mensch einsehe, daß es ein „überflüssiges Glied der Bundesrepublik“ darstelle. Die Regierung von Rheinland-Pfalz sei natürlich gegen eine Abstimmung. Sie stütze sich auf den kommenden Friedensvertrag und wünsche insgeheim, daß es noch lange bis dahin dauern möge. Die Volksbefragung könne wie in den drei südwestdeutschen Ländern gegebenenfalls nur informativen Charakter haben.

Hauptammelstelle für die Rinderzucht in Nordbaden

Sinsheim (Jwb). In Helmetedt (Kr. Sinsheim) wurde dieser Tage ein Zweckverband der nordbadischen Land- und Stadtkreise zur Einrichtung und Unterhaltung einer Hauptbesamungstelle für die Rinderzucht mit dem Sitz in Helmetedt gegründet. Die künstliche Besamung der Rinder soll in den Gemeinden vorgenommen werden, in denen Deckweiden unter der Rinderherde festgestellt werden. Außerdem soll den Viehzüchtern Gelegenheit gegeben werden, von bewährten Züchtlern Samen zur Verbesserung ihrer Zucht zu beziehen.

Sport-Nachrichten der EZ

Neulingskurs für Fußballschiedsrichter

Am Sonntag, 8. Okt., vormittags 9 Uhr beginnt im Restaurant zum „Kronenfels“ in Karlsruhe, Kronenstr. 44, ein Neulingskurs für Fußballschiedsrichter. Der Kurs umfaßt 6 Sonntage mit abschließender theoretischer und praktischer Prüfung. Anmeldungen werden noch am 1. Kurstage entgegengenommen.

Sportvereinigung, Sparte Schwimmen

Am Mittwoch, 11. Okt., beginnt das Training im Vierordtsbad Karlsruhe. Die Schwimmer treffen sich um 20.15 Uhr beim Bahnhof Ettlingen-Stadt.

Turn- und Sportverein Ettlingen

In der BNN vom 5. 10. 50 steht unter Ettlingen (Kurze Stadtnotizen), daß hier die Abt. Turnen am Sonntag, 8. Okt., abends 8 Uhr im „Engel“ eine Monatsversammlung stattfindet und dabei unter anderem der seinerzeit in Angriff genommene Ausbau der unteren Räume der Festhalle zu einer Turnhalle zur Debatte steht.

Hierzu ist zu bemerken: 1. Die Monatsversammlung ist für den gesamten Turn- u. Sportverein! 2. Ist über den Ausbau der unteren Festhalle für eine Turnhalle nicht zu debattieren. Diese Frage wurde vor Wochen mit dem Herrn Bürgermeister besprochen. Das dürfte genügen.

An alle Mitglieder ergeht die dringende Bitte, sich recht zahlreich einzufinden. Zu den Pflichten, die unsere Mitglieder übernehmen haben, gehört auch die, daß man am geselligen Beisammensein teilnimmt. prews.

Fortsetzung der Verbandsspiele

Grötzingen I. — Ettlingen I, Grötzingen II. — Ettlingen II, Reichenbach A — Ettlingen A, Spf Forchheim B — Ettlingen B, Ettlingen C — Durmersheim C 2

Mit 4 Mannschaften geht der Fußballverein zu den Verbandsspielen auf Reisen; nur die Schüler empfangen hier auf dem Wasen die Durmersheimer. Für den Fußballverein wird der VfB Grötzingen eine schwere Hürde. Da er noch mit Mannschaftssorgen kämpft, ist es eine schier unlösbare Aufgabe, aber bei einigermaßen taktischer Einstellung der aufgestellten Elf sollte es doch zu einem Teilerfolg reichen. Grötzingen verfügt über eine sehr junge und eminent schnelle Elf, dazu noch das kleine Grötzingener Spielfeld verlangt eine besondere Taktik. Werden die Anweisungen des Trainers befolgt, kann ein Erfolg nicht ausbleiben. Die Reserven dürften wieder zu zwei Punkten kommen und damit ungeschlagen in der Tabelle weiterführen. Die A-Jugend findet in Reichenbach die stärkste Elf der Staffel und wird es schwer halten zu Sieg und Punkten zu kommen, wie auch die B-Jugend bei den Sportfreunden in Forchheim keinen leichten Stand haben wird. Die C-Jugend wird am Samstagmittag auf dem Wasen ihr Punktkonto wieder bereichern und ihre dominierende Rolle in der Staffel weiterhin behaupten. Fahrgelegenheit nach Grötzingen ist am Sonntagmittag um 12.30 Uhr ab Vereinslokal. Ettlinger Sportfreunde gebt eurer Elf den nötigen Rückhalt.

TuS Ettlingen, Abt. Fußball

Gegen TSV Bulach auf dem Wasen

Morgen nachmittag tritt auf dem Wasen der bis jetzt noch ungeschlagene TSV Bulach an, der in der Tabelle den zweiten Platz einnimmt. Unsere I. Mannschaft muß deshalb mit um so größerem Einsatz bei der Sache sein, wenn dieser gute Gegner bezwungen werden will. Da auch die Bulacher Mannschaft einen technisch sauberen Fußball spielt, darf mit einem schönen Spiel gerechnet werden. Hoffen wir, daß dem Spiel ein gerechter Schiedsrichter als Spielleiter vorstehen wird und beide Mannschaften in sportlich fairer Weise um die Punkte kämpfen werden. Spielbeginn ist um 15 Uhr. Das Vorspiel bestreitet die Jugend des Vereins. Bleibt nur noch zu wünschen, daß die Anhänger und Freunde des Vereins ihre Mannschaft zahlreich unterstützen werden.

Zwei Jahre württemberg-badischer Toto

Der württemberg-badische Sporttoto hat am 2. Oktober sein zweijähriges Bestehen gefeiert. Aus einem kleinen Vjermannbetrieb in einem winzigen Zimmerchen hat sich im Verlauf der zwei Jahre eine Gesellschaft entwickelt, deren Aufstieg wohl nur mit dem weniger anderen Unternehmen verglichen werden kann. In den zwei Jahren wurden über 67 Millionen DM umgesetzt; im ersten Jahr rund 44 Millionen, im zweiten Jahr rund 23 Millionen. Der bisher höchste Umsatz aus einem Spieltag betrafierte sich im zweiten Jahr auf 1.687.000 DM. Unterdessen hat sich der wöchentliche Umsatz auf 350.000 bis 500.000 eingependelt.

Im Vordergrund aller Arbeit stand immer wieder die Devise: „Tipp und spiele für sportliche Ziele“. An diesem Ziel hat man die ganzen zwei Jahre beharrlich festgehalten, und damit dem Sport wertvolle Dienste geleistet. Über zehn Millionen DM an Überschüssen fließen in diesen zwei Jahren dem Sport zu. Manchem Verein wurde es dadurch möglich, seinen Sportplatz wieder instand zu setzen, oder sich Trainings- und Übungsgeräte zu beschaffen. Mit der Steigerung des Umsatzes hat sich auch die Zahl der Gewinners gesteigert. Während sich an dem ersten sechs Wettsonntagen des ersten Spieljahres die Zahl der Gewinner auf 613 belief, stieg sie im zweiten Spieljahr im gleichen Zeitraum auf 2.433, obwohl an Stelle der Zehnerpaar der Zwölferpaar getreten war. Das neue dritte Spieljahr hat in den ersten sechs Wettbewerben bereits 34.821 Gewinner zu verzeichnen. Das ist fast das dreifache des Vorjahres.

Herberger zweieinhalb Monate gesperrt

Die Spruchkammer des süddeutschen Fußballverbandes hat den Spieler Johann Herberger von den Stuttgarter Kickers, der im Spiel gegen Aachenburg wegen Tätlichkeit vom Platz gestellt wurde, für zweieinhalb Monate gesperrt. Außerdem wurde der Reservist von Schwaben Augsburg, Erwin Müller, wegen unsportlichen Verhaltens für einen halben Monat gesperrt.